

Malte Meyer

# Lieber tot als rot

Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914





Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Kosten für den Druck dieses Buches hat der Solidaritätsfonds  
der Hans-Böckler-Stiftung bezuschusst.

**Malte Meyer**

**Lieber tot als rot**

Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914

1. Auflage 2017

ISBN 978-3-942885-71-3

© edition assemblage

Postfach 27 46

D-48014 Münster

[info@edition-assemblage.de](mailto:info@edition-assemblage.de) | [www.edition-assemblage.de](http://www.edition-assemblage.de)

Mitglied der Kooperation *book:fair*

Umschlag: kv, Berlin

Satz: Andreas Hollender, Köln

Druck: CPI Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany 2017

## Inhalt

Einleitung .....	7
1. Vaterländische Hilfsdienste im Burgfrieden des Ersten Weltkriegs .....	25
2. Gewerkschaften während der revolutionären Nachkriegsunruhen .....	45
3. Spekulationen auf eine Querfront von ADGB und Reichswehr .....	65
4. Wilhelm Leuschners Kontakte zur Offiziersopposition des 20. Juli 1944 .....	86
5. Antimilitarismus im Visier der Gewerkschaften: Nie wieder Krieg? Ohne uns! .....	107
6. Der FDGB und die Niederschlagung der Arbeiterunruhen vom Juni 1953 .....	134
7. Halbierte Gewerkschaftsproteste gegen die Notstandsgesetzgebung ....	158
8. ÖTV und Verdi – Interessenvertretung für militärabhängig Beschäftigte .....	184
9. Mehr als nur Rüstungslobbyismus? Die IG Metall in der Kriegswaffenindustrie .....	208
10. Abwehrkämpfe gegen die Friedensbewegung – Gewerkschaften in den 80er-Jahren .....	234
11. Gewerkschaftliche Reaktionen auf die Remilitarisierung deutscher Außenpolitik nach 1990 .....	259
Schluss .....	284
Anhang .....	305
Mille grazie! .....	336



## 10.

### Abwehrkämpfe gegen die Friedensbewegung – Gewerkschaften in den 80er-Jahren

In den 1970er-Jahren gelangten Männer an die Spitze der westdeutschen Gewerkschaften, die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs entweder bereits das Erwachsenenalter erreicht hatten oder aber kurz davor waren. Heinz Kluncker (ÖTV-Vorsitzender von 1964 bis 1982) und Adolf Schmidt (IG BE-Vorsitzender von 1969 bis 1985) waren 1939 14 Jahre alt, Ernst Breit (DPG-Vorsitzender von 1971 bis 1982) war 15, Heinz Vietheer (HBV-Vorsitzender von 1965 bis 1980) war 18, Eugen Loderer (IG Metall-Vorsitzender von 1972 bis 1983) und Karl Hauenschild (IG ChPG-Vorsitzender von 1969 bis 1982) waren 19, Rudolf Sperner (IG BSE-Vorsitzender von 1966 bis 1982) 20, Heinz Oskar Vetter (DGB-Vorsitzender von 1969 bis 1982) 22, Herbert Stadelmaier (NGG-Vorsitzender von 1966 bis 1978) 23, Philipp Seibert (GdED-Vorsitzender von 1959 bis 1979) 24 und Adolf Mirkes (Vorsitzender der Gewerkschaft Leder von 1959 bis 1976) war 26 Jahre alt. Allen genannten (und noch einigen weiteren) ist neben ihrer SPD-Mitgliedschaft und ihrem Chefposten gemeinsam gewesen, dass sie im Zweiten Weltkrieg Wehrmachtssoldaten waren. Einen ihrer Funktionärskollegen (und Weltkriegskameraden), den vormaligen IG BSE-Vorsitzenden Georg Leber, beförderte die Gewerkschaftskarriere zwischen 1972 und 1978 sogar an die Spitze des Bundesverteidigungsministeriums. Hatten in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten noch etliche antifaschistische Widerstandskämpfer und Emigranten an der Spitze westdeutscher Gewerkschaften gestanden, so ähnelte die gewerkschaftliche Führungsriege der 1970er-Jahre eher einem „Kabinett ehemaliger Frontsoldaten“.<sup>618</sup> Zwar ist aufgrund unzureichender Neugier der Geschichtsschreibung bislang nur

---

618 Der Gewerkschaftsideologe Wolfgang Schroeder frisiert diese Geschichte, wenn er tatsachenwidrig behauptet, die genannten Gewerkschaftsvorsitzenden der 1970er-Jahre repräsentierten „mit ihren Biografien noch die alte Arbeiterbewegung“. Das kann bestenfalls über den in einem kommunistischen Umfeld sozialisierten IG DruPa-Vorsitzenden Leonhard Mahlein (auch er ein ehemaliger Wehrmachtssoldat) und mit Einschränkungen auch über Heinz Kluncker, schwerlich aber über andere Vorstände behauptet werden. Vgl. Wolfgang Schroeder: Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den 1970er Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44/2004, S. 253.

wenig über den genauen Kriegsdienst der späteren Gewerkschaftsvorsitzenden (und den ihrer übrigen Vorstandskollegen) bekannt, wahrscheinlich ist aber zumindest, dass sie im Unterschied zu ihren zumeist hochdekorierten „Sozialpartnern“ auf Unternehmerseite<sup>619</sup> auch bei Kriegsende eher untere Dienstgrade bekleideten – Loderer z.B. erwarb 1944 das Obersteuermannspatent der Kriegsmarine.<sup>620</sup>

Ebenfalls noch immer nicht ausreichend erforscht sind die Auswirkungen, die die Kriegserfahrungen von Wehrmachtssoldaten auf ihr späteres (Berufs-) Leben hatten. Für das Milieu der späteren SPD-Funktionäre unter ihnen kann einer kritischen Biografie des Wehrmachtsoffiziers Helmut Schmidt aber immerhin entnommen werden, dass insbesondere die Kameradschaft im Krieg nachträglich oft verherrlicht und gelegentlich sogar zum Idealtypus von Solidarität stilisiert wurde.<sup>621</sup> Eugen Loderer hat als IG Metall-Vorsitzender überdies einmal zu Protokoll gegeben, dass auch sein Kampfgeist aus Wirtschaftskrise

---

619 Wie viele hohe Wehrmachtsoffiziere Anfang der 1970er-Jahre an der Spitze westdeutscher Großunternehmen standen, machte bereits eine von der Zeitschrift *Probleme des Klassenkampfes* veröffentlichte Auswahlliste deutlich. Vgl. Gerhard Armanski u.a.: Bundeswehr – Waffe des Kapitals. Materialien zur Rolle der Bundeswehr im Gesellschaftssystem der BRD. *Prokla-Sonderheft 4*, Erlangen 1971, S. 92 f.

620 Zumindest zwei der späteren Gewerkschaftsvorsitzenden waren aber auch Wehrmachtsoffiziere. Ernst Breit wurde nach Kriegseinsätzen in Dänemark, Kreta, Italien, Pommern, Süddeutschland und Holland zum Offizier befördert. Heinz Oskar Vetter, sein Vorgänger als DGB-Chef, diente der faschistischen Luftwaffe während des Krieges als Leutnant. Bereits 1933 war der damals 16-jährige Vetter dem Jungvolk der NSDAP beigetreten und 1937 Jungstammführer (zweithöchster Dienstgrad dieser NS-Organisation) geworden. Diesen Hinweis verdanke ich Idar Helle (Oslo).

621 Vgl. Sabine Pamperrien: *Helmut Schmidt und der Scheißkrieg. Die Biografie 1918 bis 1945*, München 2014. Wie stark die antikommunistische Bunkermentalität des Weltkrieges zumindest bei Wehrmachtsoffizieren fortwirken konnte, verdeutlicht eine Anekdote aus dem Deutschen Herbst 1977. Demnach weckte die Jagd auf die Rote Armee Fraktion bei den Beteiligten im „Großen Krisenstab“ der Bundesregierung unweigerlich Erinnerungen an die Partisanenbekämpfung im Zweiten Weltkrieg. Die SZ-Journalistin Annette Ramelsberger schilderte, was geschah, als sie Kohls langjährigen Innenminister Friedrich Zimmermann zwanzig Jahre später auf dieses Thema ansprach. „Zimmermann, heute 71, springt von der Couch in seinem Arbeitszimmer auf, wenn er erzählt, was er und Helmut Schmidt damals machten. Zackig exerziert Zimmermann vor: ‚Das Gewehr über‘, ‚Präsentiert das Gewehr‘. ‚Wir haben irgendeinen Gehstock dafür hergenommen und ausprobiert, wer von uns alten Offizieren das noch am besten kann.‘“ Annette Ramelsberger: *Bleierne Zeit – bleierne Schuld*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 11. Oktober 1997.

und Weltkrieg herrührte. „Wie waren ja schon Kämpfer im Krieg. Wir mußten uns immer unserer Haut wehren.“<sup>622</sup> Auf diese Weise gewöhnte sich Loderer an, Kampf und Disziplin ganz unabhängig von ihren konkreten Inhalten für lebenspraktische Basismaximen zu halten. „Wir haben im Akkord um unseren Lohn gekämpft. Im Krieg haben wir dann weiter gekämpft und unseren Kopf hingehalten. Hinterher haben wir gesagt: Jetzt wollen wir es denen aber mal zeigen. Jetzt ist Demokratie. Jetzt darf man was sagen.“<sup>623</sup>

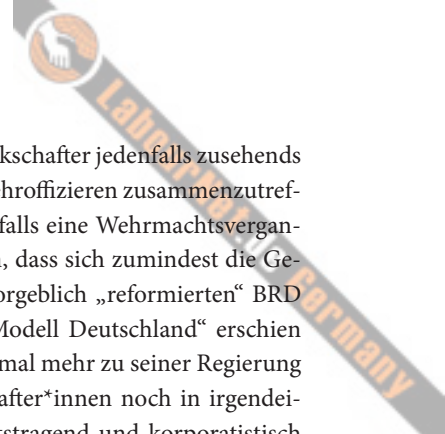
Keinen der erwähnten Funktionäre hat der Kriegsdienst in der faschistischen Wehrmacht in irgendeiner Weise daran gehindert, im späteren Leben noch Gewerkschaftsvorsitzender zu werden. Wie das Beispiel ihrer Amtsvorgänger verdeutlicht, war eine Wehrmachtstätigkeit aber auch keine unabdingbare Karrierevoraussetzung. Vielmehr wurde von aktiven Gewerkschafter\*innen nach dem Krieg sogar erwartet, dass sie sich ebenso glaubhaft wie unmissverständlich vom Naziregime und seinen Verbrechen distanzieren. Jemand, der sich bspw. mit militaristischen Landsergeschichten gebrüstet hätte, konnte bei der Bundeswehr, in Unternehmen, bei bürgerlichen Parteien oder revanchistischen Verbänden durchaus reüssieren. Eine Hoffnung auf höhere gewerkschaftliche Ämter brauchte er sich aber keine mehr zu machen. Trotzdem koexistierte das antifaschistische Ethos der Gewerkschaften mit der dunklen Realität der Wehrmachtsvergangenheit von Millionen von Kollegen schon allein deshalb weitgehend friktionsfrei, weil ehemalige Wehrmachtssoldaten im postfaschistischen Deutschland (und damit auch in seinen Gewerkschaften) bereits aufgrund ihrer unvorstellbar großen Zahl einfach „normal“ waren. Die nicht zuletzt deshalb unproblematisch erscheinende Soldatenvergangenheit zahlreicher Spitzenfunktionäre in den 1970er-Jahren konnte insofern sowohl als Ausdruck als auch als symbolische Bekräftigung einer innergewerkschaftlichen Kultur verstanden werden, welche Faschismus und Krieg zwar rituell verurteilte, von einer möglichen eigenen Verstrickung in NS-Verbrechen aber lieber schweigen wollte.

Ob individual- und sozialpsychologische Motive aus diesem Komplex die allmähliche Intensivierung der Beziehungen zwischen DGB-Gewerkschaften und Bundeswehr in den 1970er-Jahren begünstigt haben, kann an dieser Stelle

---

622 Eugen Loderer zit. nach Nina Grunenberg: Wir mußten uns immer unserer Haut wehren. Eugen Loderer und die IG Metall. Eine Gewerkschafter-Generation tritt ab, in: *Die Zeit* vom 26. November 1982.

623 Ebd.



nicht entschieden werden. Dass führende Gewerkschafter jedenfalls zusehends weniger Hemmungen verspürten, mit Bundeswehroffizieren zusammenzutreffen und zu kooperieren, die in aller Regel ebenfalls eine Wehrmachtsvergangenheit hatten, dürfte eher daran gelegen haben, dass sich zumindest die Gewerkschaftsführungen mehr denn je mit der vorgeblich „reformierten“ BRD und ihren Institutionen identifizierten. Das „Modell Deutschland“ erschien ihnen als ihr eigener „Sozialstaat“, und nicht einmal mehr zu seiner Regierung standen sozialdemokratische Spitzengewerkschafter\*innen noch in irgendeiner parteipolitisch bedingten Opposition. Staatstragend und korporatistisch war denn auch die Tonart, die Gewerkschaftsfunktionäre anschlügen, wenn sie mit Repräsentanten der als „demokratisch geläutert“ eingestuften Bundeswehr zusammentrafen.

So nahm Verteidigungsminister Schmidt am 2. November 1971 mit einer Hardthöhen-Delegation an einer Sitzung des DGB in Köln teil. „Wenige Tage darauf fand ein anderes bemerkenswertes Treffen statt. Der Gesamtvorstand der IG Bergbau besuchte die Hellweg-Kaserne in Unna. Solchen Besuch hatte es in der 83jährigen Geschichte der deutschen Gewerkschaften bisher nicht gegeben, und der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, sprach darum auch von einem ‚epochalen‘ Ereignis.“<sup>624</sup> Seit 1972 besuchten Gewerkschaftsvorsitzende auch regelmäßig das Bonner Verteidigungsministerium und erkundigten sich bei Georg Leber unter anderem, ob der Rüstungsetat für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland denn auch wirklich ausreichend sei. In der Schilderung von Georg Leber klang das so: „Nach einem solchem Gespräch standen wir zusammen. Der Vorsitzende einer der größten Gewerkschaften sagte zu mir: Ich mußte vorhin daran denken, daß wir 1949 bei der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München waren und Hans Böckler damals sagte: ‚Wenn dieser Staat jemals wieder in Gefahr kommt, wer-

---

624 Helmut Berndt: Gewerkschaften und Bundeswehr [1974], in: Krasemann, *Gewerkschaften und Bundeswehr*, S. 59. Bei einer solchen Gelegenheit wurde IG BE-Chef Adolf Schmidt von dem offen revanchistischen Kommandeur Eberhard Wagemann, auch er ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier, ins Offizierskasino eingeladen. (Vgl. *Die Zeit* vom 28. Januar 1977) Wegen der zahlreichen jungen Bergarbeiter, die in Unna ihren Wehrdienst ableisteten, bestand bestand zwischen der IG BE und der 7. Panzergrenadierdivision seither eine Art patenschafliches Verhältnis. Es drückte sich in der gewerkschaftlichen Teilnahme an einem öffentlichen Bundeswehr-Gelöbnis in Dortmund 1980 ebenso aus wie im Auftritt der Bundeswehr-Bigband auf einer Veranstaltung zum 90. Jubiläum der Bergbaugewerkschaft. Vgl. *Der Spiegel* vom 30. August 1982.

den wir für ihn auf die Barrikaden gehen.<sup>625</sup> – Als er das sagte, bemerkte der Generalinspekteur der Bundeswehr, der dabei stand: ‚Herr Loderer‘ – jetzt wissen Sie auch, wer das war – ‚wenn Sie jemals auf die Barrikaden gehen müßten, weil dieser Staat in Gefahr wäre, dann, sage ich Ihnen, würden Sie dort nicht allein stehen, sondern ich, Armin Zimmermann, würde neben Ihnen stehen. Ich habe daraufhin gesagt: Wenn das so ist, wenn das so geklärt ist, dann, sage ich Ihnen, braucht in diesem Staat in der Zukunft niemals wieder jemand daran zu denken, daß er auf die Barrikaden gehen muß, wenn nämlich der Konsens zwischen Arbeiterschaft und Armee da ist. Meine Damen und Herren, diesen haben wir geschaffen.“<sup>625</sup>

Ende Juni 1976 hielt der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter eine Rede in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, in der er einige der „historischen Belastungen“ des Verhältnisses von Arbeiterklasse und Militär zwar offen ansprach, sie aber für endgültig überwunden erklärte. „Eine Frontstellung zwischen Militär und organisierter Arbeitnehmerschaft gibt es nicht mehr.“<sup>626</sup> Weder der DGB noch die Bundeswehr hätten einen triftigen Grund, die demokratische Festigkeit der jeweils anderen Staatsstütze in Abrede zu stellen. Insbesondere der Antikommunismus der DGB-Gewerkschaften stehe außer Zweifel: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war und ist in der Bundesrepublik Deutschland das stärkste Bollwerk gegenüber dem politischen Extremismus. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Gewerkschaften des DGB, die in ihren Beschlußorganen, so auch bei den Gewerkschaftstagen Extremisten ausschließen. Der gerade abgelaufene Gewerkschaftstag der ÖTV hat dies wiederum gezeigt. Deshalb ist es für mich unverständlich, daß immer noch Soldaten in einem nicht unerheblichen Umfang festgestellt werden können, die unter dem Begriff ‚Gewerkschaften‘ etwas kommunistisch Anrühiges sehen.“<sup>627</sup>

---

625 Georg Leber: [Armee und Gewerkschaft. Bundestagsrede am 3. Februar 1977], in: *Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht von der 11. Sitzung am 3. Februar 1977*, S. 487.

626 Heinz Oskar Vetter: Organisierte Arbeitnehmerschaft und bewaffnete Macht. Referat vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 30. Juni 1976, in: Krasemann, *Gewerkschaften und Bundeswehr*, S. 29.

627 Ebd. S. 30. Reden wie diese dürften dazu beigetragen haben, dass Vetter 1977 die Medaille des *NATO Defense College* in Rom verliehen wurde. Umgekehrt werden solche Ehrungen ihn in seiner antikommunistischen Bündnistreue noch bestärkt haben. Obwohl nämlich kurz zuvor ein Offizier des faschistischen Pinochet-Regimes eine Rede an der Bundeswehr-Führungsakademie halten dürfen,



Den symbolischen Höhepunkt des intensivierten Verhältnisses von Gewerkschaften und Bundeswehr bildete die gemeinsame Erklärung, die beide Organisationen angesichts einer kräftig erstarkten Friedensbewegung am 6. August 1981 abgaben. Die insgesamt sieben Punkte fassten für die breite Öffentlichkeit noch einmal zusammen, was in den 1970er-Jahren von Gewerkschaftsführern bereits zu Protokoll gegeben worden war. Insgesamt zeugte das Papier vom antikommunistischen Friedensschluss, auf den sich Militärs und Gewerkschaftsführer im Interesse des BRD-Imperialismus nach „starken Belastungen“ geeinigt hatten. „Überkommene gegenseitige Vorbehalte aus diesem historischen Spannungsverhältnis entbehren heute jeglicher Grundlage. Das Festhalten an Vorbehalten würde die Erfüllung der im Interesse aller Bürger und dieses Staates liegenden Aufgaben stören und behindern.“<sup>628</sup> Im einzelnen attestierten sich Bundeswehr und Gewerkschaften gegenseitig, jeweils unverzichtbare Staatsfunktionen im Sinne des Grundgesetzes zu erfüllen und gleichermaßen an der Erhaltung der FDGO interessiert zu sein. Sie stimmten außerdem überein, dass zu diesem Zweck die Existenz der Bundeswehr ebenso unerlässlich sei wie die der NATO. „Der Auftrag der Bundeswehr ist Friedenssicherung, Wehrdienst, aktiver Dienst für den Frieden.“<sup>629</sup> Außer der Beförderung der Bundeswehr zu einem „Friedensdienst“ sprang insbesondere die unterschiedliche Bewertung von Wehr- und Zivildienst ins Auge: „Während der Kriegsdienstverweigerer eine waffenlose Welt erhofft, trägt der Soldat durch sein Mitwirken an der militärischen Abschreckung zu einem Zustand bei, in dem Krieg kein praktikables Mittel der Politik mehr sein kann.“<sup>630</sup>

Ganz im Geiste derartiger Erklärungen reagierte die ÖTV auch, nachdem es am Rande des Rekrutengelöbnisses im Bremer Weserstadion im Mai 1980 zu antimilitaristischen Protesten gekommen war.<sup>631</sup> Damals hatten rund 10.000 Demonstrant\*innen gegen die öffentliche Vereidigung von Bundes-

---

erklärte Vetter auf der Sindelfinger Kommandeurstagung der Bundeswehr im Mai 1977 „gegenseitige Empfindlichkeiten“ von Militär und Gewerkschaften unverändert für „überholt“. Vgl. Heinz Oskar Vetter: ‚Handbuch‘ für die Bundeswehr, in: Krasemann, *Gewerkschaften und Bundeswehr*, S. 31-33.

628 Vgl. Bundeswehr und Gewerkschaften: [Gemeinsame Erklärung], in: Krasemann, *Gewerkschaften und Bundeswehr*, S. 39.

629 Ebd.

630 Ebd.

631 Den Protest gegen das Bremer Gelöbnis wie überhaupt die in der damaligen Jugend- und Alternativkultur verbreitete Militärkritik hat der Sänger und Schriftsteller Sven Regener in seinem Roman *Neue Vahr Süd* zu schöner Literatur gemacht.

wehrsoldaten protestiert, die vom damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens (einem vormaligen Mitglied von NSDAP und SA) abgenommen wurde. Im Verlaufe der Proteste setzten Demonstrant\*innen Militärfahrzeuge in Brand und bewarfen Polizisten mit Steinen.<sup>632</sup> Die gewerkschaftliche Manöverkritik am durchaus unplanmäßigen Verlauf der Veranstaltung lief darauf hinaus, fortan stärker auf eine noch stärkere Popularisierung militaristischer Rituale zu setzen. „Hat irgend jemand daran gedacht, Arbeiter einzuladen? Ist niemand auf die Idee gekommen, die Werftarbeiter der Weser-AG, der Vulkan-Werft, die Arbeiter von Klöckner oder die Hafendarbeiter mit ihren Kollegen der städtischen Verkehrsbetriebe und der Müllabfuhr einzuladen? War es nur eine Veranstaltung der Bremer Wirtschaft? War es nur eine Veranstaltung der Generäle und Admiräle? Hat niemand daran gedacht, den Bundespräsidenten in Begleitung von vielen hundert Arbeitnehmern zum Stadion gehen zu lassen? Denken Politiker in Erwartung von Störungen durch Unruhestifter und Chaoten nur noch an Polizei? Ist es nicht unsere Demokratie? War das Gelöbnis in Bremen nicht geeignet, diesen Beweis zu führen?“<sup>633</sup>

### **Die Friedensbewegung – (k)eine Arbeiterbewegung?**

Die klare Aufrüstungsbilanz des von einem ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden geführten Verteidigungsministeriums, besonders aber die unmissverständliche Parteinahme der Gewerkschaftsführungen für Bundeswehr und NATO sowie für den Hochrüstungskurs der Bundesregierung haben den DGB und seine Einzelgewerkschaften Ende der 1970er und Anfang der 1980er-Jahre alles andere als prädestiniert, zum Ansprech- oder gar Bündnispartner der Friedensbewegung zu avancieren – von der Wehrmachtsgeschichte etlicher amtierender Gewerkschaftsvorsitzender ganz zu schweigen. Großen Teilen der Friedensbewegung erschienen besonders die Gewerkschaftsführungen vielmehr als Angehörige des sicherheitspolitischen Establishments, manchen sogar als Teil des militärisch-industriellen Komplexes. Umgekehrt wussten die allermeisten der inkriminierten Gewerkschaftsvorstände wenig mit den Forderungen der neuen sozialen Bewegungen anzufangen und mit ih-

---

632 Vgl. Jörn Schulz: Zapfenstreik am schwarzen Dienstag, in: *Jungle World* vom 6. Mai 2010, <http://jungle-world.com/artikel/2010/18/40860.html>.

633 ÖTV-Kommentar zit. nach Marxistische Gruppe: *Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Die Partei der Arbeit im Dienst von Wirtschaft und Nation*, München 1982, S. 147 f.

ren politischen Umgangsformen schon gar nichts.<sup>634</sup> Vielmehr haben sie sogar „durchaus an der Verketzerung der Friedensbewegung mitwirken wollen“.<sup>635</sup>

Einer der Hauptvorwürfe, der insbesondere von gewerkschaftsrechtlicher Seite erhoben wurde, bestand darin, der Friedensbewegung kommunistische Beeinflussung oder gar Steuerung zu bescheinigen.<sup>636</sup> Als kryptokommunistisches Fabrikat wurde in der Öffentlichkeit insbesondere der *Krefelder Appell* dargestellt.<sup>637</sup> Er sei nicht nur von zahlreichen DKP-Mitgliedern unterschrieben und verbreitet worden, sondern fordere Abrüstungsmaßnahmen auch ausschließlich von den Mitgliedstaaten der NATO. Das Eintreten der Kommunist\*innen für den Frieden und mit ihm auch der Krefelder Appell würden überdies unglaubwürdig, wenn z.B. die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen, der Afghanistan-Einsatz der Roten Armee oder die Verhängung des Kriegs-

---

634 Vgl. das bezeichnende Statement des rechtssozialdemokratischen IG Chemie-Vorsitzenden Rappe: „Friedensbewegung und Gewerkschaften haben eine unterschiedliche organisatorische, politische Herkunft und auch eine andere Aufgabe. Ich bin mit Haut und Haaren ein Mann der Organisation, weil ich glaube, daß es nur mit Integration und nur mit Kompromiß, nach dem man in einer Organisation immer suchen muß, die Chance gibt, langfristig und erfolgversprechend auf Politik in einer parlamentarischen Demokratie einwirken zu können. Es zählt am Schluß nichts anderes als die Mehrheit am Wahltag. Von daher glaube ich, daß mancher, der in der enger begrenzten Friedensbewegung mitarbeitet, sich der Dauerplage der Organisation und der politischen Mehrheitsfindung nicht unterziehen will. Ich kann das verstehen, aber für diese notwendige Arbeit gibt es aus meiner Sicht keinen Ersatz.“ Hermann Rappe zit. nach Gewerkschaftliche Monatshefte: Es geht um die Bündnisfrage. Ein Gespräch über das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung zwischen Volkmar Deile, Jo Leinen, Leonhard Mahlein und Hermann Rappe, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8/1983, S. 624. Die politische Feindschaft zwischen autoritärem Bürokratismus und linken Alternativbewegungen beruhte, wie Martin Kempe anmerkte, durchaus auf Gegenseitigkeit. „Fremdheit also, undurchlässige Grenzen zwischen den sozialen und politischen Milieus der neuen sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften – trotz aller Aufregungen um rot-grüne Koalitionen.“ Martin Kempe: Von den Schwierigkeiten des Dialogs – Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 3/1986, S. 160.

635 Wolfgang Abendroth zit. nach Frank Deppe u.a.: *Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Wolfgang Abendroth im Gespräch*, Marburg 1982, S. 89.

636 Besonderen Eifer legte in diesem Zusammenhang die bereits rein äußerlich im Bildzeitungsstil aufgemachte Mitgliederzeitschrift *Einheit* der IG Bergbau und Energie an den Tag.

637 Der *Krefelder Appell* wird dokumentiert und erläutert bei Michael Schmid: Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. November 1980, München o.J., [http://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0023\\_kre\\_de.pdf](http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0023_kre_de.pdf).



rechts in Polen von politischer Kritik oder auch bloßer Thematisierung ausgespart blieben. Tatsächlich hatten DKP-Mitglieder an der Entstehung der neuerlichen Friedensbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre spürbaren Anteil – so z.B. im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ). Ihr Einfluss ging aber in dem Maße zurück, in dem die Bewegung ab 1980 Massencharakter annahm. Die politische Orientierung der DKP beschränkte sich von nun an nur noch darauf, innerhalb der (wachsenden) Friedensbewegung integrativ (und fleißig) zu wirken, um nach Möglichkeit nicht noch weiter marginalisiert zu werden. Diese Gefahr hatte angesichts der parteieigenen Ausblendung politischer Widersprüche im Ostblock wie auch des Antikommunismus von Teilen der Friedensbewegung durchaus bestanden. So kam der Kurs einer „positiven Selbstauflösung“ in der Friedensbewegung einer (notgedrungenen) Preisgabe weitergehender kommunistischer Forderungen und einer politischen „Ersatzhandlung“ gleich. Von einer kommunistischen Steuerung oder auch nur echten Beeinflussung der westdeutschen Friedensbewegung konnte deswegen ernsthaft keine Rede sein.<sup>638</sup> Wenn die Friedensbewegung von Seiten der gewerkschaftlichen und sonstigen Rechten trotzdem unverdrossen in die Verdachtszone des Protokommunismus gerückt wurde, hatte das sehr viel mit binnenintegrativ wirkender Feindbildkonstruktion, aber praktisch nichts mit politischer Realität gemein.

Vor dem Hintergrund der durch militanten Antikommunismus noch verstärkten kulturellen Fremdheit zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften einerseits und neuen sozialen Bewegungen andererseits wurden insbesondere auf dem linken SPD-Flügel etliche Versuche unternommen, zu einer besseren Verständigung beider ‚Kulturen‘ beizutragen. Ein Produkt dieser letztlich auf rot-grüne Koalitionen abzielenden Bemühungen bestand z.B. in einer durchaus selbstkritisch kommentierten Dokumentensammlung über das historische Verhältnis von SPD und Friedensbewegung.<sup>639</sup> Ein weiteres Ergebnis waren Publikationen, die anzweifeln, ob die Friedensbewegung tatsächlich eine von sozialdemokratischen Organisationen völlig verschiedene Klassenbasis hätte.<sup>640</sup> Aus einer konvergierenden Motivation heraus hoben aber auch

638 Vgl. Fülberth, *KPD und DKP*, S. 160-163.

639 Vgl. Butterwege/Hofschien, *Sozialdemokratie, Krieg und Frieden*.

640 Vgl. Michael Vester: Die neuen Plebejer, in: *Frankfurter Rundschau* vom 5. April 1983 oder Peter v. Oertzen: Zum Verhältnis von ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ und Arbeiterbewegung. Zur Sozialstruktur des grünen Wählerpotentials, in: ders.: *Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft*, Hannover 2004, S.

Autor\*innen aus der DDR hervor, dass der Anteil von Arbeiter\*innen und Gewerkschaftsmitgliedern an der Friedensbewegung größer sei als üblicherweise angenommen. So müsse z.B. die zunehmende Einsicht in den Zusammenhang von Rüstungsausgaben und Sozialabbau als ein wesentlicher Grund dafür angesprochen werden, „dass die Arbeiterklasse der BRD wachsenden Anteil am Ringen um Frieden, Entspannung und Abrüstung“ habe.<sup>641</sup> Sogar den Gewerkschaften wurde in diesem Zusammenhang bescheinigt, eine fortschrittliche Rolle zu spielen. „Als unmittelbare Interessenvertreter des größten Teils der Arbeiterklasse in der BRD sind die DGB-Gewerkschaften zu einer gewichtigen Kraft im Kampf um Frieden, Entspannung und Abrüstung geworden.“<sup>642</sup>

Die Annahme beträchtlicher gesellschaftlicher Schnittmengen von Gewerkschaften, Arbeiterklasse und Friedensbewegung wurde allerdings bereits von zeitgenössischen Beobachter\*innen deutlich relativiert. So stellte sich bspw. schnell heraus, dass die politischen Sympathien mit der Friedensbewegung innerhalb der Gewerkschaftsmitgliedschaft keineswegs gleichmäßig verteilt waren. „Die Gewerkschaften stehen im Hinblick auf ihre sicherheitspolitischen Positionen und ihre Haltung zur Friedensbewegung vor dem Problem, zwei unterschiedliche Mitgliedergruppen integrieren zu müssen: Die Kernmitgliedschaft wird heute von Industriefacharbeitern gebildet. Diese unterstützen stärker als andere Mitgliedergruppen die traditionelle Sicherheitspolitik. Dagegen befürworten die gewerkschaftlich organisierten, formal hochgebildeten jungen Beamten und Angestellten am stärksten eine sicherheitspolitische Neuorientierung und die Friedensbewegung.“<sup>643</sup> Durchaus in Übereinstimmung mit solchen Befunden konnten realistische Stimmen nur eine „relativ geringe Mobilisierung der westdeutschen Arbeiterklasse in der Friedensfrage“ feststellen.<sup>644</sup> Dieses Ausmaß an politischer Apathie insbesondere innerhalb der Industriearbeiterschaft erklärte Wolfgang Abendroth damit, dass „die letzten

---

354-374. Auch der saarländische Nachwuchspolitiker Jo Leinen befand 1983 in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*: „Die Friedensbewegung ist weder eine Jugendbewegung noch eine Bewegung bürgerlicher Mittelschichten.“ *Gewerkschaftliche Monatshefte, Es geht um die Bündnisfrage*, S. 616.

641 Heinz Gensicke: Friedensgefährdung, soziale Bedürfnisse und Massenbewußstein, in: *IPW-Berichte* 2/1986, S. 20

642 Ebd. S. 24 f.

643 Klaus Armingeon/Rüdiger Schmitt: Wie „friedensbewegt“ sind Gewerkschafter? Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern zu Sicherheitspolitik und Friedensbewegung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/1986, S. 428.

644 Gert Meyer zit. nach Deppe, *Friedensbewegung und Arbeiterbewegung*, S. 110.

Reste von klassenkämpferischem Bewußtsein auch in solchen friedenspolitischen Fragen in breitesten Schichten auch der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft einfach ausgelöscht und überdeckt worden sind von dem herrschenden Sozialpartnerschaftsbewußtsein der Gesellschaft einerseits und durch das Bewußtsein der Identifikation mit den Grundzügen der herrschenden Außen- und Militärpolitik andererseits“.<sup>645</sup> Auf dem Höhepunkt eines neuen Kalten Krieges unterschlugen allzu optimistische Einschätzungen gerade diese Virulenz eines militanten Antikommunismus – in Teilen der Arbeiterklasse, aber insbesondere auch in den Apparaten von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft.<sup>646</sup> Auch wenn sich der DGB nach der Bonner Wende der Friedensbewegung gegenüber aufgeschlossener gezeigt habe, könne, so Martin Kempe 1986, „bis heute von einem eigenständigen Beitrag der Gewerkschaften zur Friedensbewegung – bis auf jene fünf ‚Mahnminuten‘ des DGB einen Monat vor der Friedenswoche im Herbst 1983 – keine Rede sein.“<sup>647</sup>

Plausibler als die Stilisierung ihrer sozialen Basis zu unterprivilegierten „neuen Plebejern“ (Michael Vester) dürfte es demnach gewesen sein, den Zulauf zur Friedensbewegung mit dem „Aufstieg der Intelligenz zur Massenschicht“ (Georg Fülberth) in Verbindung zu bringen. „Für die Friedensbewegung gilt wie für die anderen neuen sozialen Bewegungen, dass ihre Anhängerschaft sich vorwiegend aus Bevölkerungskreisen mit höherer formaler Qualifikation (Abitur), jüngerem Alter (unter 36), sogenannter postmaterialistischer Einstellung und relativ hoher Bereitschaft zu ‚unkonventionellen‘ politischen Verhal-

645 Wolfgang Abendroth ebd., S. 91.

646 Organisierendes Zentrum des Antikommunismus in der SPD-Bundestagsfraktion waren z.B. die lange von Egon Franke angeführten „Kanalarbeiter“: Karl-Heinz Hansen zufolge ein „einzigartiger Verein des überwiegenden Teils der Fraktion, ohne feste Mitgliedschaft, ohne Satzung, ohne Gewählte. Aber konservativ, gewerkschaftsnah, basisverbunden und einig in der Überzeugung: ‚Ohne uns läuft nichts.‘“ Karl-Heinz Hansen: *„Es ist nicht alles schlecht, was scheitert“*. Ein politischer Lebenslauf, Hamburg 2014, S. 70. Vgl. auch folgende Einschätzung zur Bedeutung des Friedensthemas an der Gewerkschaftsbasis: „Viele interessierten sich nur am Rande dafür, weil ihnen ökonomische und soziale Probleme weitaus dringlicher erschienen; zahlreiche Mitglieder waren traditionell konservativ und betrachteten die Sowjetunion mit weitaus mehr Misstrauen und Ängsten, als es die Pazifisten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften taten. Sie teilten den ‚Antikommunismus‘ [...].“ Klaus Kempster: *Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters*, Filderstadt 2003, S. 426.

647 Kempe, *Von den Schwierigkeiten des Dialogs*, S. 161.

tensweisen (Bürgerinitiativen, Demos etc.) rekrutiert [...].“<sup>648</sup> Fülberth zufolge waren die von dieser Schicht getragene 68er-Bewegung, aber auch die neuen sozialen Bewegungen „Betriebsgeräusche“ einer sozialstrukturellen Transformation, in deren Verlauf die teils lohnabhängige, teils auf eigene Rechnung wirtschaftende Intelligenz sich als eigenständige Massenschicht etablierte und eine erhebliche quantitative und ökonomische, aber auch politische Bedeutung erlangte: „Ihre Artikulationsfähigkeit ist weit stärker entwickelt als die der Arbeiter- und ebenso groß wie die der Kapitalistenklasse. Da die wirtschaftlichen Grundverhältnisse aber unverändert geblieben sind, bleibt die Hegemonie des Kapitals erhalten und macht die Kenntnisse und Fertigkeiten der Intelligenz sich dienstbar. Aber es handelt sich jetzt um eine Konvergenz der Interessen, nicht immer um ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis.“<sup>649</sup>

Von (klein-)bürgerlichen Kräften beeinflusst war die Friedensbewegung der 1980er-Jahre aber nicht nur in sozialstruktureller, sondern auch in ideologischer Hinsicht. Damit sind an dieser Stelle weniger allgemeine Hervorbringungen von politischem Kitsch gemeint (sei es nun die „atomwaffenfreie WG“ oder auch das „Fasten für den Frieden“), sondern speziell öffentliche Zurschaustellungen von Heimatgefühl, Antiamerikanismus und deutscher Opfermentalität. Zu der Einsicht in den bürgerlich-demagogischen Charakter jeder Art von „Vaterlandsverteidigung“ stand die Friedensbewegung nämlich in weitaus schärferem Gegensatz als es ihre antikommunistischen Kritiker\*innen jemals wahrhaben wollten. Der dissidente Marxist Wolfgang Pohrt gehörte zu den ersten, die deshalb der Friedensbewegung nach ihrer Bonner Großdemonstration vom 10. Oktober 1981 attestierten, zu einer deutschnationalen Erweckungsbewegung mutiert zu sein: „Eine Friedensbewegung, die keine Parteien und Klassen mehr, sondern nur noch Deutsche kennt, kann nur einen Teilerfolg erringen: die endgültige Niederlage der Linken.“<sup>650</sup>

---

648 Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1986, S. 217.

649 Georg Fülberth: Prozess und Event, in: *Jungle World* vom 17. Januar 2008.

650 Wolfgang Pohrt: Ein Volk, ein Reich, ein Frieden. Über die Friedensbewegung und das neue, alte Heimatgefühl, in: *Die Zeit* vom 30. Oktober 1981. Der von Pohrt kritisierte Theologe Helmut Gollwitzer bspw. hatte in Bonn gesagt: „Jetzt wachen die Menschen bei uns und in Europa auf aus dem Unverstand, in dem sie künstlich gehalten werden. Jetzt wird das Volk störrisch und erkennt, daß der Friede zu wichtig ist, als daß man ihn den Politikern überlassen dürfte. Jetzt lassen wir uns nicht mehr auseinanderdividieren in Sozialdemokraten, Konservative, Liberale, Grüne und Kommunisten; denn der Atomtod bedroht uns alle.“ Helmut Gollwitzer: Wir



Nachdem bereits in den 1950er-Jahren Teile der Bewegung gegen die Remilitarisierung ihren Protest damit begründet hatten, dass die Aufstellung einer westdeutschen Armee die Wiedervereinigung gefährde, tauchten nationalistische Motive in verwandelter Form tatsächlich auch in der Friedensbewegung der 1980er-Jahre wieder auf. Vor allem (aber nicht nur) auf dem rechten Flügel der Bewegung wurde die beabsichtigte Stationierung neuer US-amerikanischer Atomraketen als Ausdruck einer mangelnden bundesdeutschen Souveränität gegenüber einer noch dazu oft als „kulturlos“ verfeimten Supermacht verstanden.<sup>651</sup> Zu dieser die ökonomische Eigenständigkeit des westdeutschen Imperialismus mutwillig unter- wie Existenz und Wert einer „deutschen Kultur“ überschätzenden Interpretation gesellte sich das Szenario, dass aufgrund der Reichweite der Mittelstreckenraketen allen voran Deutsche einem Atomkrieg zum Opfer fallen würden.<sup>652</sup> Schließlich gestattete es der zunächst einmal nur gegen die Raketenstationierungspläne gerichtete anti-atomare Minimalkonzepte der Friedensbewegung, dass in ihrer Mitte konventionelle „Landesverteidigung“ und sogar die Bundeswehr als legitim erachtet werden konnten – nicht von ungefähr arbeiteten mit Oberstleutnant Alfred Mechtersheimer, Generalmajor Gert Bastian und anderen auch eine Reihe prominenter (Ex-)Militärs in der Bewegung mit. Prinzipieller Antimilitarismus war insofern kein Gemeingut in der v.a. auf politische Breitenwirkung abzielenden Friedensbewegung – und Antinationalismus erst recht nicht. „Der Abschied aus dem ‚linken Ghetto‘ wird so zu einem feierlichen Abmarsch nach

---

kümmern uns selbst um unsere Sicherheit, in: Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.): *Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos...*, Bornheim 1981, S. 71 f. Auch die *Kommunistische Arbeiterzeitung* (KAZ) kritisierte frühzeitig in Teilen der Friedensbewegung virulenten Nationalismus. Vgl. Volks- und Schicksalsgemeinschaft Schwarz-Rot-Gold e.V. Über einige gefährliche Irrtümer in der gegenwärtigen Friedensbewegung, in: KAZ vom 15. August 1981, S. 19-21.

651 „Dadurch wird die Bundesrepublik zusammen mit denjenigen westeuropäischen Ländern, die ebenfalls nicht die Fremdstationierung von Atomwaffen verweigern, zum Opfer der sowjetisch-amerikanischen Nuklearrivalität. Diese westeuropäischen Staaten werden dadurch der Möglichkeit beraubt, eine an den nationalen und europäischen Interessen orientierte Sicherheitspolitik zu betreiben.“ Alfred Mechtersheimer in: *Frankfurter Rundschau* vom 10. März 1981.

652 Vgl. den Beschluss des IG DruPa-Gewerkschaftstags vom Oktober 1980: „Bei einer – leider nicht gänzlich undenkbaren – militärischen Konfrontation würden wir als erste innerhalb von Stunden aufgehört haben, zu existieren; unser Land, unser Volk, jeder einzelne von uns.“ Zit. nach Krasemann, *Gewerkschaften und Bundeswehr*, S. 43.



rechts ins Lager des alternativen Nationalismus mit all seinen Idealen einer großdeutschen Friedensmacht.“<sup>653</sup>

### **Die Friedensbewegung in der innergewerkschaftlichen Debatte**

Obwohl oder weil sich in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre noch kaum Anzeichen einer echten gesellschaftlichen „Bewegung“ für friedenspolitische Anliegen erkennen ließen und „etablierte“ Verbandspolitik das Geschehen auf diesem Feld bestimmte, spielten die DGB-Gewerkschaften in dieser Latenzphase der neuerlichen Friedensbewegung praktisch keine Rolle. Das dürfte zum einen daran gelegen haben, dass größere Friedensdemonstrationen im jährlichen Turnus allein vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) organisiert wurden, einem häufig dem DKP-Spektrum zugeordneten Koordinierungsgremium. Zum anderen betätigten sich kirchliche und andere Friedensorganisationen wie die DFG-VK hauptsächlich in der Beratung und Begleitung von Kriegsdienstverweigerern und damit in einem von den Gewerkschaften ohnehin stiefmütterlich behandelten Bereich. In jedem Fall trugen die auf internationaler Ebene ins Stocken geratenen Fortschritte in der „Entspannungspolitik“ aber dazu bei, dass sich an den Friedensdemonstrationen des KOFAZ jährlich mehrere zehntausend Leute beteiligten (unter ihnen selbstverständlich auch viele Gewerkschafter\*innen) und die Zahl der Kriegsdienstverweigerer weiter zunahm.

Einen die Anti-AKW- oder die Frauenbewegung noch übertreffenden Massencharakter nahm die westdeutsche Friedensbewegung allerdings erst im Gefolge des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 und der ihm folgenden „Nachrüstungsdebatte“ Anfang der 1980er-Jahre an. Im Kontext dieser Diskussion machte z.B. der IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer früh deutlich<sup>654</sup>, dass er den Kurs von Bundeskanzler Schmidt unterstützte, der die USA nach eigener Darstellung zum NATO-Doppelbeschluss gedrängt

---

653 „Die Friedensbewegung. Noch eine Kampffront“, in: *Gegen die Kosten der Freiheit. Marxistische Streit- und Zeitschrift* 2/1981, [http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/81/81\\_2/fbew.htm](http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/81/81_2/fbew.htm)

654 „Die IG Metall, die immer als linker Motor der Gewerkschaftsbewegung wahrgenommen worden war, hatte sich vor allem wegen Loderers entschiedener Haltung in der Friedens- und Abrüstungspolitik von der Tradition Otto Brenners entfernt. Anders als in den fünfziger Jahren stand sie am Beginn der achtziger Jahre nicht an der Spitze der pazifistischen Bewegung, sondern gehörte zu deren Kritikern.“ Kempter, *Eugen Loderer*, S. 425.

hatte. Wie sich die DGB-Gewerkschaften insgesamt zur aufkommenden Friedensbewegung verhielten, ließ sich exemplarisch an ihrer Haltung zum Krefelder Appell 1980, zur großen Friedensdemonstration im Oktober 1981 sowie zum Vorschlag aus dem Frühjahr 1983 ablesen, zur Abwehr der geplanten Raketenstationierung einen Generalstreik in Erwägung zu ziehen.

*Krefelder Appell:* Innerhalb eines knappen Jahres hatten bereits 1,5 Millionen Bürger\*innen den am 16. November 1980 veröffentlichten Aufruf an die Bundesregierung unterzeichnet. Der durchaus überraschende Erfolg dieser Unterschrifteninitiative wurde innerhalb der Gewerkschaftsapparate mit großem Argwohn beobachtet. Nach Ansicht vieler Hauptamtlicher setzte er zum einen die Außenpolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung unter kommunistisch beeinflussten und noch dazu außerparlamentarischen Druck. Zum anderen musste damit gerechnet werden, dass insbesondere Teile der jugendlichen Gewerkschaftsbasis nicht mit der politisch dominanten Linie im Apparat (moralisches Verständnis für den weit verbreiteten Wunsch nach Entspannungspolitik, aber politische Ablehnung jeder „einseitigen“ Kritik an der Politik der NATO) konform gingen. Tatsächlich hatten auch zahlreiche Jugendfunktionäre (u.a. der IG Metall) mit ihrer Unterschrift an die Bundesregierung appelliert, die – O-Ton Krefelder Appell – „Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA“ zu verhindern, der Abrüstung einen Vorrang vor der Abschreckung zu geben und die „Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung“ zu orientieren.<sup>655</sup>

Trotz der indirekt ausgestellten Existenzberechtigungen für Bundeswehr und NATO und auch trotz eines unverkennbar national eingefärbten Bekenntnisses („unser Land“) hielten die Gewerkschaftsführungen dem Krefelder Appell linkslastige Einseitigkeit vor. Er würde die NATO-Rüstung nicht zuletzt deshalb kritisieren, um von der Aufrüstung des Warschauer Paktes abzulenken.<sup>656</sup> Aus der Unterzeichnung des Appells auch durch zahlreiche lin-

---

655 Zitate aus dem *Krefelder Appell*. Vgl. Schmid, *Erklärung*, S. 10.

656 „Man kann zwar formal behaupten, daß der Krefelder Appell damit nicht den gewerkschaftlichen Beschlüssen widerspricht. In der politischen Stoßrichtung liegen zwischen den Aussagen des Krefelder Appells und den gewerkschaftlichen Positionen aber Welten.“ Eugen Loderer auf der 11. IGM-Frauenkonferenz 1982 zit. nach Stefan Strutz: *Der fremde Freund. IG-Metall und Friedensbewegung vom NATO-Doppelbeschluß bis zum Bosnienkrieg*, Frankfurt/M. 1997, S. 64 f. Zum 40. Gründungsjubiläum der IGM-Jugend 1989 betraten fünf musizierende Gewerkschaftssekretäre mit der Ankündigung die Bühne, nun noch einen Song speziell für Eugen Loderer zum Besten geben zu wollen. Als Loderer realisierte, dass es in



ke Gewerkschafter\*innen zog der DGB-Bundesvorstand Ende April 1981 die Konsequenz, Funktionär\*innen fortan zu verbieten, ihre schwerlich zu verhin-dernde Unterschrift noch durch eine gewerkschaftliche Funktionsbezeichnung zu ergänzen. Unterschriftenaktionen, die nicht von der Organisation als Gan-zer gebilligt seien, dürfe nicht der Anschein gewerkschaftlicher Unterstützung verliehen werden.<sup>657</sup> Um der Krefelder Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen, beschloss der DGB im Juli 1981 außerdem, eine eigene Unterschrif-tensammlung für seinen Appell *Frieden durch Abrüstung* durchzuführen.<sup>658</sup> Nach dem Willen der Initiator\*innen sollte die Zahl der Unterzeichner\*innen bis zum Jahresende 1981 mehrere Millionen betragen und damit binnen relativ kurzer Zeit diejenige des *Krefelder Appells* in den Schatten stellen. Dieses über-ambitionierte Ziel wurde vollends verfehlt. Obwohl die Gewerkschaften ihre gesamte Organisationsmacht einsetzten (allein aus dem Bereich der extrem autoritär geführten IG Bergbau und Energie kamen 250.000 Unterschriften) und bald sogar die DKP mit einer an Selbstverleugnung grenzenden Gewerk-schaftsloyalität zur Unterzeichnung des antisowjetisch grundierten Appells aufforderte, konnte der DGB im November 1981 gerade einmal 470.000 Un-terschriften vorweisen<sup>659</sup> – unter ihnen die von Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Aus Gründen des gewerkschaftlichen Prestiges musste die Aktion sogar bis zum 1. September 1982 fortgeführt werden und selbst zu diesem Zeitpunkt reichte die Länge der Unterschriftenliste nicht annähernd an die des Krefelder Appells heran.<sup>660</sup> „Man kann sich eben nicht wie der DGB jahrelang eher de-mobilisierend verhalten und dann plötzlich innerhalb von drei Monaten eine

---

dem Lied um den *Krefelder Appell* ging, soll der zunächst freudig überraschte Ex-Vorsitzende „aschfahl“ geworden sein. Im Text hieß es u.a.: „Mit der Liste in der Hand | stehe ich am Straßenrand | sammle hier mit meinem Stift | Unterschrift für Unterschrift“. Ebd., S. 68.

657 In bester bürokratisch-zentralistischer Manier ließ der IGM-Vorstand verlauten: „Eine Ungeheuerlichkeit ist aber, wenn Hauptamtliche, vom Vorstand angestellt und seinen Weisungen unterworfenen Personen, in Ausübung ihres Dienstes in Kommissionen, Ausschüssen, Arbeitskreisen usw. gegen den Willen des Vorstandes operieren.“ Ebd. S. 58.

658 Vgl. den Wortlaut des Appells in Wolfgang Abendroth u.a.: *Gewerkschaften und Frieden*, Frankfurt/M. 1982, S. 51. f.

659 Vgl. Armin Wöhrle: *Gewerkschaften und Friedensbewegung*, in: *Blätter für deut-sche und internationale Politik* 12/1981, S. 1457.

660 Zum Zeitpunkt der Raketenstationierung Ende des Jahres 1983 soll sich die Ge-samtzahl der Unterzeichner\*innen des Krefelder Appells unterschiedlichen Schät-zungen zufolge zwischen drei und fünf Millionen bewegt haben.

Volksbewegung ‚abrufen‘ – wie Heinz Oskar Vetter, der scheidende DGB-Vorsitzende, im Dezember 1981 erstaunt feststellen musste.<sup>661</sup>

*Bonner Friedensdemo:* Die DGB-Kampagne gegen den *Krefelder Appell* war zugleich eine gegen die geplante Bonner Großdemonstration am 10. Oktober 1981, zu die Friedensbewegung seit April des gleichen Jahres mobilisierte. Als sich herausstellte, dass die Friedenskundgebung wie zuvor auch schon der *Krefelder Appell* von Kommunist\*innen und anderen Linken aktiv mit unterstützt werden würde, kam es innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu einer Auseinandersetzung über die Frage der gewerkschaftlichen Beteiligung an dieser Veranstaltung. Am gleichen Tag, an dem der DGB-Vorstand die Durchführung einer eigenen Unterschriftenaktion beschloss, untersagte er der DGB-Jugend, als Mitveranstalterin der Bonner Friedensdemonstration aufzutreten. „Dieser unerwartete Beschluss führte zu heftigen innergewerkschaftlichen Konflikten: Die DGB-Jugend und ihre Funktionäre waren konsterniert über das Verdikt des Vorstands, nicht nur, weil sie das Anliegen der Demonstration unterstützten, sondern auch, weil sie befürchteten, die Gewerkschaften könnten sich angesichts der vorherrschenden Stimmung unter den politisch interessierten Jugendlichen, Schülern, Lehrlingen und Studenten von ihren aktiven Anhängern isolieren. In der IG Metall kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Ersten Vorsitzenden und der Mehrheit des Vorstands auf der einen, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Benz auf der anderen Seite.“<sup>662</sup> Der linke Sozialdemokrat Benz, der im IG Metall-Vorstand anstelle einer pauschalen Distanzierung dafür geworben hatte, eine IGM-Beteiligung an der Veranstaltung von einem Ausschluss der DKP aus ihrem Trägerkreis abhängig zu machen<sup>663</sup>, trat schließlich gegen das Votum seiner Vorstandskollegen doch vor 300.000 Demonstrant\*innen auf der Rednertribüne im Bonner Hofgarten auf. Benz nahm zunächst für sich in Anspruch, als freier Bürger und überzeugter Gewerkschafter zu sprechen, und hielt dann eine Rede, die sich vor einer Kritik der offiziellen DGB-Linie sorgsam in Acht nahm und am Ende sogar auf ein Lob der sozialliberalen Regierung hinauslief. So trug er zentrale Forderungen des DGB-Appells „Frieden durch Abrüstung“ vor, warnte vor Be-

---

661 Reiner Steinweg: Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Friedensbewegung, in: ders. (Hrsg.): *Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung*, Frankfurt/M. 1982, S. 210.

662 Kempster, *Eugen Loderer*, S. 418.

663 Ebd.

rührungängsten gegenüber „anderen Gruppen der Friedensbewegung“, behauptete ein geschichtlich „unablässiges“ DGB-Engagement für den Frieden und nahm die Friedensbewegung schließlich auch noch gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus in Schutz. „Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die sich der Friedensbewegung verpflichtet fühlen, treten nicht gegen die Friedens- und Entspannungsbemühungen dieser Bundesregierung an – wie eine Zweckpropaganda behauptet. Sie verstehen sich in der Tradition der in den siebziger Jahren durch die sozialliberale Koalition eingeleiteten Friedens- und Entspannungspolitik und wollen sie fortsetzen. Damit stärken sie die Abrüstungspolitik dieser Bundesregierung.“<sup>664</sup>

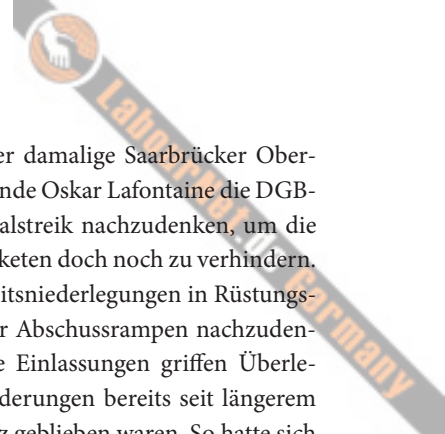
Trotz diverser Störmanöver von Seiten der meisten Gewerkschaftsführungen war Georg Benz mitnichten der einzige Gewerkschafter, der an der Bonner Kundgebung teilnahm. Vielmehr gingen wohlwollende Schätzungen davon aus, dass in den rund 2.000 von gewerkschaftlichen Untergliederungen gecharterten Reisebussen etwa ein Drittel aller Kundgebungsteilnehmer\*innen saß und dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad dieser Fahrzeuginsassen besonders hoch gewesen sein dürfte.<sup>665</sup> Trotzdem konnte nach Ansicht von Volkmar Deile, einem der Mitorganisator\*innen der legendären Bonner Friedensdemo, von einem eigenen Gewerkschaftsflügel innerhalb der Friedensbewegung bis dato keine Rede sein. „Unser Eindruck vor dem 10. Oktober 1981 ist eigentlich gewesen, daß Gewerkschafter ein wenig ihre Identität als Gewerkschafter aufgeben müssen, wenn sie ganz in der Friedensbewegung mitmachen wollen. Als wir diese Demonstration vorbereiteten, ist eine ganze Reihe von Sekretären und Jugendsekretären zu uns gekommen (der DGB hatte ja gesagt, daß man als einzelner durchaus teilnehmen dürfe, nicht aber in gewerkschaftlicher Funktion). [...] Gewerkschafter haben damals schon ein bißchen das Gefühl gehabt, sie könnten nicht mit dem Rückhalt der Gewerkschaften rechnen, wenn sie in der Friedensbewegung aktiv sind, wenn sie daran teilnehmen wollten. Sie sind dann unter dem Motto: ‚Wir sind Gewerkschafter‘ mitgezogen und darüber haben wir uns auch sehr gefreut.“<sup>666</sup>

---

664 Georg Benz: Ohne Berührungängste für die Sicherung des Friedens, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, *Bonn 10.10.1981*, S. 110.

665 Vgl. Steinweg, *Bedeutung der Gewerkschaften*, S. 189. Insgesamt sollen 1981 nicht weniger als 300 Gewerkschaftsgliederungen zur Teilnahme an der Bonner Demonstration aufgerufen haben.

666 Volkmar Deile in *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Es geht um die Bündnisfrage, S. 608.



*Generalstreikoption:* Im Mai 1983 hatte der damalige Saarbrücker Oberbürgermeister und saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine die DGB-Gewerkschaften ermuntert, über einen Generalstreik nachzudenken, um die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen doch noch zu verhindern. Außerdem regte er an, auch über gezielte Arbeitsniederlegungen in Rüstungsbetrieben sowie bei der Installation stationärer Abschussrampen nachzudenken. Lafontaines vergleichsweise spektakuläre Einlassungen griffen Überlegungen auf, die in unteren Gewerkschaftsgliederungen bereits seit längerem diskutiert worden, aber ohne größere Resonanz geblieben waren. So hatte sich bspw. der Westberliner Landesverband der HBV ein Jahr vorher dafür ausgesprochen, die Raketenstationierung notfalls mit einem Generalstreik zu verhindern. Zustimmung zu Lafontaines Forderung äußerte seinerzeit sogar der linksradikale Grünen-Bundessprecher Rainer Trampert: „Die Gewerkschaften müssen dringend ein Bewußtsein stärken, das den Arbeitnehmern die eigene Verantwortung deutlich macht. Es muß das strategische Ziel sein, heute auf die Produktion Einfluß zu nehmen, das heißt, kein Kriegsmaterial, sondern ökologisch und sozial sinnvolle Produkte herzustellen. Um tatsächlichen Einfluß nehmen zu können, müssen die Gewerkschaften den politischen Streik, den Generalstreik für die Erhaltung des Friedens ins Auge fassen.“<sup>667</sup> Befürwortet wurde die Generalstreikoption auch von den IG DruPa-Landesverbänden Hessen, Bayern und NRW sowie vom nordrhein-westfälischen Landesverband der GEW. Einhellige Ablehnung hingegen kam von der DGB-Spitze. In einem Vorstandsbeschluss von Anfang Juli 1983 erklärte er die Berufung auf das Widerstandsrecht nach Art. 20, Abs. 4 GG für illegitim. Weiter hieß es: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt einen Generalstreik gegen eine evtl. Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen ab. Auch die konsultative Volksbefragung hält er in dieser Frage für kein geeignetes Mittel.“<sup>668</sup> Ganz ähnlich argumentierten IG ChPK-Chef Rappe und der scheidende IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer.<sup>669</sup> Der baden-württembergische IG Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler ergänzte die ablehnende Haltung durch seine Skepsis gegenüber der tatsächlichen Machbarkeit eines Generalstreiks und

---

667 Vgl. *kommune. Forum für Politik und Ökonomie* 7/1983, S. 20.

668 DGB-Bundesvorstand zit. nach Winfried Steffani: *Generalstreik: Ein Mittel gegen Nachrüstung?* In: *Sicherheit und Frieden* 1/1983, S. 23.

669 Für die Position von Rappe vgl. ebd. S. 23, für die von Loderer den *Metall-Presse-dienst* vom 3. Juni 1983.

machte im Gegenzug die SPD für das Glaubwürdigkeitsdefizit gewerkschaftlicher Friedenspolitik verantwortlich. „Ich werfe der SPD ein Versagen in Fragen der Nachrüstung vor. Die SPD war es ja wohl, die mit dazu beigetragen hat, daß die Gewerkschaften aus Loyalitätsgründen eine Position eingenommen haben, die dazu geführt hat, daß sie in der Friedensbewegung lange Zeit nicht vorne dran standen.“<sup>670</sup> Für praktikierbar erachtete Steinkühler lediglich den Vorschlag, dass die Gewerkschaften „die verantwortlichen Politiker“ mittels eines 10- bis 15-minütigen „Friedensstreiks“ davor warnten, atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren. Angesichts der geplanten Herbstaktionen der Friedensbewegung beschloss der DGB-Bundesvorstand im September 1983 tatsächlich, alle Beschäftigten für den 5. Oktober zwischen 11.55 und 12.00 Uhr zu „Fünf Mahn-Minuten für den Frieden“ aufzurufen.<sup>671</sup> Obwohl dieser millionenfach verbreitete Aufruf auf nicht viel mehr als eine Verlängerung der Mittagspause hinauslief, wurde er aus dem Unternehmerlager massiv kritisiert und selbst nach Gewerkschaftsangaben lediglich von einigen hunderttausend Menschen befolgt.

### **„Arbeiten für den Frieden, um in Frieden zu arbeiten“**

Während die Gewerkschaftsspitzen mit Ausnahme jener der IG DruPa weiterhin an ihrer antikommunistischen Abgrenzungsstrategie gegenüber der Friedensbewegung festzuhalten versuchten, wurde dieses Vorgehen 1982 zusehends problematischer. Zahlreiche DGB-Landesbezirkskonferenzen verabschiedeten Anfang des Jahres Resolutionen gegen den „Nachrüstungsbeschluss“, und aktive Gewerkschafter\*innen beteiligten sich in großer Zahl an den wieder ins Leben gerufenen Ostermärschen, an der Demonstration der 500.000 gegen den Bonn-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan im Juni 1982 und selbstverständlich am 1. September, dem auch gewerkschaftsofficial begangenen Antikriegstag. Unter diesen Umständen einer offenkundigen Mobilisierung von Teilen der Gewerkschaftsbasis durch die Friedensbewegung

---

670 Steinkühler zit. nach Steffani, *Generalstreik*, S. 23.

671 „Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fünf Mahn-Minuten für den Frieden am 5. Oktober 1983 in der Zeit zwischen 11.55 und 12.00 auf [...] Wir wollen Frieden durch Abrüstung. Fünf Mahn-Minuten für den Frieden. Fünf Mahn-Minuten gegen Atomraketen in West und Ost. Es ist fünf vor zwölf.“ DGB-Aufruf zit. nach Strutz, *Der fremde Freund*, S. 122.



ließen sich administrative Schranken immer schwieriger aufrechterhalten.<sup>672</sup> Insbesondere zahlreiche jüngere Gewerkschaftsmitglieder stimmten gegen das von oben verordnete Abstandsgebot einfach mit den Füßen ab. „Die Politik der DGB-Gewerkschaften gegenüber der Friedensbewegung war zunächst durch Ab- und Ausgrenzung bestimmt, hat sich aber wie bei der SPD bis 1983 in Richtung auf größere Nähe und Öffnung entwickelt. Doch blieben die Gewerkschaften noch stärker als die SPD auf die demonstrative Wahrung ihrer organisatorischen Eigenständigkeit bedacht; man kann also keinesfalls von einer partnerschaftlichen Beziehung oder gar einer Allianz sprechen.“<sup>673</sup>

Zur zunehmenden politischen Entspannung zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung etwa seit 1982 hat (neben der Bonner Wende) sicher eine mit Abrüstungsforderungen sympathisierende innergewerkschaftliche Opposition entscheidend beigetragen. „Es waren vor allem jüngere Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute, die die Gemeinsamkeit mit der Friedensbewegung beschworen, die Rechtmäßigkeit alternativer Aktionsformen verteidigten, ‚überzogene‘ staatliche Reaktionen brandmarkten und sich nun Seite an Seite mit den Aktivisten der Friedensbewegung sahen – und damit Form und Sprache des gewerkschaftlichen Protests veränderten.“<sup>674</sup> Mindestens ebenso wichtig war aber, dass die Friedensbewegung selbst zum Zeitpunkt des Bundestagsbeschlusses für die Raketenstationierung im November 1983 den Scheitelpunkt ihrer politischen Mobilisierungsfähigkeit erreicht hatte. Eine Teilnahme von Gewerkschafter\*innen an Demonstrationen oder auch die offizielle Unterzeichnung eines Kundgebungsaufrufes war fortan längst nicht mehr so brisant wie noch einige Jahre vorher.

Inwieweit die Friedensbewegung aber tatsächlich zu mehr als nur oberflächlichen gewerkschaftlichen Positionsveränderungen in Sachen Militär beigetragen hat, ließ sich z.B. an der innergewerkschaftlichen Kontroverse studieren, die eine Veröffentlichung der IG Metall-Jugend zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern Ende der 1980er-Jahre auslöste. Anlässlich der

---

672 Vgl. Frank Deppe: *Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Köln 1985, S. 66 f.

673 Rüdiger Schmitt: *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung*, Wiesbaden 1990, S. 149.

674 Dietmar Süß: *Gewerkschaften und Friedensbewegung*, in: Christoph Becker-Schaum u.a. (Hrsg.): *„Entrüstet euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, S. 269.



millionsten Kriegsdienstverweigerung im März 1989 nämlich hatte das für Jugend zuständige IGM-Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage gemeinsam mit dem damaligen Bundessprecher der DFG-VK Gregor Witt eine Erklärung abgegeben, in der beide ihre politische Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern bekundeten. Konkret wurde eine Abschaffung der Gewissensprüfung und eine Angleichung der Dauer von Wehr- und Zivildienst gefordert. Außerdem kündigten beide Organisationen an, entsprechende Aufklärungsmaterialien entwickeln und verbreiten zu wollen. Besonders viel Anstoß erregte der Schlusssatz der Erklärung, der den durch Kriegsdienstverweigerung erzeugten politischen Druck ausdrücklich begrüßte. „Massenhafte, hunderttausendfache Kriegsdienstverweigerung kann zu einem unübersehbaren Druckfaktor auf die Regierenden werden, Abrüstung voranzutreiben.“<sup>675</sup>

Im Zusammenhang mit dem erwartungsgemäßen Versuch rechtsgerichteter Kräfte, die Erklärung zu skandalisieren, distanzierten sich auch führende Gewerkschafter\*innen von der Position der IGM-Vorstandsabteilung Jugend. So meinte IG Metall-Chef Franz Steinkühler, er „halte nichts davon, das individuelle Recht auf Wehrdienstverweigerung zum politischen Instrument im Kampf gegen Abrüstung zu machen“.<sup>676</sup> Außerdem wies er darauf hin, dass Bundeswehrsoldaten in den Gewerkschaften genauso ein Zuhause hätten wie Zivildienstleistende. „Die Existenz der Bundeswehr ist eine Realität, die auch von den Gewerkschaften nicht in Frage gestellt wird.“<sup>677</sup> Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies warnte davor, „Wehrdienstleistende als Friedensfeinde abzustempeln“<sup>678</sup> und IG ChPK-Vize Egon Schäfer ließ am Bekenntnis seiner Gewerkschaft zur Bundeswehr keine Zweifel. „Zum Schutz unserer Demokratie brauchen wir die Bundeswehr. Für alle wäre es verhängnisvoll, wenn die Bundeswehr aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt und nur noch von einem Teil der Gesellschaft akzeptiert werden würde.“<sup>679</sup> Für den DGB bestritt dessen Vorsitzender Ernst Breit, dass die Gewerkschaften als ganze zur Kriegsdienst-

---

675 Kriegsdienstverweigerung als Zukunftssicherung. Gemeinsame Erklärung der IGM-Vorstandsabteilung Jugend und der DFG-VK vom 22. März 1989, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 2/1989, S. 125.

676 Franz Steinkühler in der Tageszeitung *Die Welt* vom 30. März 1989 zit. nach *Beiträge zur Konfliktforschung* 2/1989, S. 142 f.

677 Ebd.

678 Soldaten sind keine Friedensfeinde. ÖTV zur Diskussion um Wehrdienstverweigerung und Bundeswehr, 21. April 1989, in: ebd., S. 144.

679 Egon Schäfer in der *Bild am Sonntag* vom 2. April 1989, in: ebd., S. 144.

verweigerung aufrufen würden – eine solche Position sei noch nicht einmal im Vorstand der IG Metall abgestimmt worden. Den Gipfelpunkt gewerkschaftlichen Beistands für die Bundeswehr bildete das öffentliche Soldatengelöbnis, das die IG Bergbau und Energie Anfang Mai 1989 gemeinsam mit der 7. Panzerdivision der Bundeswehr in der Kamener Schachtanlage Monopol ausrichtete. Auf dieser Gelöbnisfeier hielt der IG BE-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer, aufgrund seines Geburtsdatums 1932 ein Angehöriger der „weißen“ Jahrgänge, eine Festrede, in der er die besondere Verbundenheit seiner Gewerkschaft zur Bundeswehr hervorhob. „Die Bundeswehr ist selbstverständlicher Teil unseres Staates. Sie gehört zu unserem demokratischen Gemeinwesen. Und deshalb gehört die Bundeswehr mitten in unsere Gesellschaft, sie darf nicht an den Rand gedrängt werden.“<sup>680</sup>

Offensichtlich reichte der Einfluss antimilitaristischer Strömungen in den 1980er-Jahren nicht annähernd aus, um die Gewerkschaften insgesamt oder auch nur Teile von ihnen zu einer Infragestellung der Bundeswehr zu bewegen. Zwar wurde die Initiative der IG Metall-Jugend von einigen Gewerkschaften (so etwa der IG Medien und der HBV) auch ausdrücklich unterstützt, aber selbst bei der Kriegsdienstverweigerer-Kampagne handelte es sich ja nicht um eine linke Grundsatzkritik an der Bundeswehr, sondern lediglich um die legalistische Verteidigung eines grundgesetzlich bereits verbrieften Rechts. Dominant blieb in den Gewerkschaften auch in den 1980er-Jahren vielmehr eine Position, die sich mit der Existenz von Bundeswehr und NATO ebenso einverstanden erklärte wie mit ihrer antikommunistischen Frontstellung. Als sich zu Beginn des Jahrzehnts abzeichnete, dass nennenswerte Teile der Gewerkschaftsbasis mit der Friedensbewegung sympathisierten, mäßigten die Gewerkschaftsführungen lediglich ihre promilitärische Tonlage. Aus erklärten

---

680 Heinz-Werner Meyer: Wehrdienst ist Dienst an der Gesellschaft, in: ebd. S. 147. Bereits am 8. November 1985 hatte DGB-Vize Gustav Fehrenbach (Wehrmachtsoldat von 1942 bis 1945) auf einer Gelöbnisfeier beim Nachschubbataillon 110 in Rheine geredet. „Die Verteidigungspolitik hat im Verständnis des DGB nicht nur eine militärische und eine außenpolitische Dimension, vielmehr hat sie auch eine innenpolitische, wirtschaftliche und soziale. [...] Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und gerechte Einkommensverteilung sind Garanten für den sozialen Frieden und die soziale Harmonie in der Bundesrepublik. [...] Mir kommt es sehr darauf an, zum Ausdruck zu bringen, daß sich sozialer Frieden im inneren und äußere Sicherheit nicht voneinander trennen lassen; sie sind voneinander abhängig.“ Gustav Fehrenbach: Arbeitslosigkeit ist Nährboden für Aggressionen, in: *wehr-report* 11-12/1985, S. 9.

Gegnerinnen „einseitiger“ Abrüstungsschritte wurden nunmehr Befürworterinnen „beidseitiger“ Entspannungsbemühungen. Den Gewerkschaftsführungen lag dezidierte Militärkritik indes noch ungleich ferner als der in diesen Fragen ebenfalls alles andere als konsequente Friedensbewegung. Wie die KDV-Kampagne der IGM-Jugend deutlich machte, waren Gewerkschaften zwar nach wie vor in der Lage, moderierend auf gesellschaftliche Entwicklungen einzuwirken, insgesamt verringerte das Abflauen der Friedensbewegung aber spürbar den Druck, deren Anliegen innergewerkschaftlich zumindest rhetorische Konzessionen zu machen.

Nach Einschätzung der Freiburger „Initiative Sozialistisches Forum“ knüpften die DGB-Gewerkschaften gegenüber der neuen Friedensbewegung in den 1980er-Jahren insgesamt an eine Politik „paradoxe Mobilisierung“ an, welche sich bereits gegenüber der „alten Friedensbewegung“ in den 1950er-Jahren bewährt hatte. Diese Politik sei darauf angelegt gewesen, „die autonome Vertretung von Interessen zu blockieren und gleichzeitig durch eine massenintegrative, begrenzende Mobilisierung für Teilziele soziale Bewegungen zu desorganisieren.“<sup>681</sup> Den Kern einer „autonomen“ Interessenvertretung bildete nach dieser Lesart nicht etwa die DKP, sondern vielmehr jene antimilitaristische Linke, die durch zivilen Ungehorsam, Blockadeaktionen, Verweigerungshaltung und Wehrkraftersetzungen auch bundesdeutsche Fähigkeiten zur imperialistischen Kriegsführung effektiv zu untergraben suchte. Unter Hinweis auf die gebotene Distanz zu „Terroristen“ und „gewaltbereiten Chaoten“ sowie die Möglichkeiten gesetzesreuer Opposition haben sich die DGB-Gewerkschaften tatsächlich auch von diesem Minoritätensegment der Friedensbewegung immer unmissverständlich abgegrenzt. Gleichzeitig konnte keine Rede davon sein, dass sie ihre in den 1970er-Jahren intensivierten Beziehungen zur Bundeswehr auch nur abgekühlt hätten – vielmehr lief z.B. das gewerkschaftliche Alltagsgeschäft in diesem Repressionsapparat im wesentlichen ungestört weiter. Die Annahme, die Gewerkschaften seien ihrem Wesen oder wenigstens ihren Grundsatzprogrammen nach trotzdem immer auch Friedensbewegung,

---

681 Initiative Sozialistisches Forum: *Die neue Friedensbewegung – etablierte Verbändepolitik oder antimilitaristische Opposition? Zur Entwicklung, dem Politikverständnis und zur sozialen Zusammensetzung der Friedensbewegung*, Freiburg 1984, S. 10, [http://www.ca-ira.net/verlag/leseproben/pdf/isf-frieden\\_lp-neue.friedensbewegung.pdf](http://www.ca-ira.net/verlag/leseproben/pdf/isf-frieden_lp-neue.friedensbewegung.pdf).

nahm deshalb immer stärker Züge von Wunschenken an.<sup>682</sup> Stamokap-Anhänger\*innen einer „Aktionseinheit von Arbeiter- und Friedensbewegung“ bemühten sich nach Kräften – und wider besseres Wissen – darum, mit schlechten historischen Erfahrungen begründete „Berührungängste gegenüber den Gewerkschaft(sführung)en“ zu zerstreuen.<sup>683</sup> Das Gespenst, vor dem solche Friedensfreund\*innen sich offenkundig fürchteten, war das eines autonomen und also auch gewerkschaftsunabhängigen Antimilitarismus.

---

682 „Diese Grundposition [einer Interessenidentität von Gewerkschaften und Friedensbewegung, M.M.] gilt unabhängig davon, dass sich im praktischen Engagement – sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart – sicherlich häufig Widersprüche und Inkonsistenzen zeigen.“ Renate Bastian: Gewerkschaftsbewegung muß immer auch Friedensbewegung sein, in: Abendroth, *Gewerkschaften und Frieden*, S. 31.

683 Vgl. Christoph Butterwege: ‚Arbeiten für den Frieden, um in Frieden zu arbeiten!‘ Gesellschaftsentwicklung, Friedensbewegung und Gewerkschaften, in: Akademie der Wissenschaften der DDR/Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hrsg.): *Soziologie und Sozialpolitik. II. Internationales Symposium Soziologie und Frieden*, Berlin (DDR) 1988, S. 144 ff.